

Stadtverwaltung / Landratsamt

Eingangsstempel
Aktenzeichen:

Eingangsstempel der nicht zuständigen Behörde

Antrag auf Gewährung von Blindengeld nach dem Thüringer Blindengeldgesetz (ThürBlIGG)

Antrag auf Gewährung von Taubblindengeld nach dem Thüringer Blindengeldgesetz (ThürBlIGG)

Dieser Antrag soll gleichzeitig als Antrag nach dem Schwerbehindertenrecht gemäß § 69 Abs. 1 SGB IX gelten

1. Angaben zur Person

Name und Vorname, ggf. Geburtsname		Geburtsdatum
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden		
Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt <input type="checkbox"/> in Thüringen <input type="checkbox"/> außerhalb Thüringens		
Straße, Haus-Nr.		
Postleitzahl, Ort	Kreis	
Tagsüber telefonisch erreichbar unter	Staatsangehörigkeit	
Vertretung durch <input type="checkbox"/> Ehepartner <input type="checkbox"/> gesetzlicher Vertreter <input type="checkbox"/> Bevollmächtigter <input type="checkbox"/> Betreuer Bitte Nachweise beifügen		
Name, Vorname	Tel.-Nr.	
Anschrift (Straße, Haus-Nr., Postleitzahl, Ort)		

2. Angaben über die Ursache der Behinderung

Die Erblindung / Sehbehinderung / Hörbehinderung ist zurückzuführen auf

<input type="checkbox"/> angeborene Behinderung	<input type="checkbox"/> Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung
<input type="checkbox"/> Arbeitsunfall	<input type="checkbox"/> Berufskrankheit
<input type="checkbox"/> sonstigen Unfall	<input type="checkbox"/> sonstige Erkrankung (z. B. altersbedingt)

3. Erhalten Sie Leistungen nach anderen Rechtsvorschriften wegen Erblindung bzw. Sehbehinderung oder Taubblindheit?

Bundesversorgungsgesetz (BVG)	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Opferentschädigungsgesetz (OEG)	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Infektionsschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Zivildienstgesetz	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Häftlingshilfegesetz	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Straf/Verwaltungsrechtliches Rehabilitationsgesetz	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Leistungen durch einen Unfallversicherungsträger	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Sonstige	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein



(bitte Bescheidkopie beifügen)

4. Angaben über Bezug / Beantragung von Leistungen der Pflegeversicherung nach dem SGB XI

Leistung wurde beantragt	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Ich erhalte Leistungen nach dem aufgeführten Gesetz	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Pflegegrad	(Bitte Kopie des Bescheides beifügen)	

5. Angaben über Feststellungen nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen –

Eine Feststellung über die Blindheit/Taubblindheit nach SGB IX wurde bereits getroffen.
(Bitte Kopie des Bescheides beifügen.)

Ein entsprechendes Feststellungsverfahren nach dem SGB IX läuft.

bei (Behörde): _____ Aktenzeichen: _____

6. Angaben über Aufenthalt in einem Heim oder einer gleichartigen Einrichtung

Liegt eine Unterbringung oder ein Aufenthalt in einem Heim, einer Anstalt oder einer gleichartigen Einrichtung (z. B. Alters-/Pflegeheim, Blindenschule, Krankenhaus, Rehabilitationseinrichtung) vor? ja nein

Wenn ja:	seit	Einrichtung	
	PLZ, Ort	Telefon	
Wer trägt die Kosten?			
Letzter Wohnsitz vor Heimeintritt:	Straße, Haus-Nr.		
	Postleitzahl, Ort	Bundesland	

7. Erklärung des Antragstellers

7.1 Ich versichere, dass meine Angaben vollständig und richtig sind. Änderungen in den Verhältnissen, insbesondere die Veränderung des Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts, den Entzug der Aufenthaltserlaubnis, die Aufnahme in ein Heim, den Bezug von Leistungen meiner Pflegeversicherung oder von anderer Stellen wegen Blindheit/Taubblindheit oder Pflegebedürftigkeit und jede Veränderung der Hör- und/oder Sehbehinderung sowie die Durchführung einer Operation oder Behandlung zur Verbesserung der Hör- und/oder Sehfähigkeit werde ich der Stadt / dem Landratsamt unverzüglich unter Vorlage entsprechender Nachweise mitteilen.

Mir ist bekannt, dass wahrheitswidrige Angaben bzw. das Verschweigen von Änderungen strafrechtlich verfolgt werden können und zu Unrecht empfangenes Blindengeld zurückerstattet werden muss.

7.2 Zusätzlich zur schriftlichen Entscheidung erbitte ich eine Audio-Datei als CD.

ja nein

7.3 An Unterlagen sind beigefügt:

- Feststellungsbescheid gem. § 69 Abs. 1 SGB IX
- Vollmacht
- Betreuungsausweis
- Bescheid der Pflegeversicherung
- _____

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers bzw. Vertreters gem. Pkt. 1

– Die nachfolgende Einwilligungserklärung ist unbedingt zu unterschreiben –

Einwilligungserklärung

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass der Landkreis / die kreisfreie Stadt die für das Verwaltungsverfahren erforderlichen Auskünfte einholt und die über mich bei den von mir benannten Ärzten und Krankenanstalten sowie bei Behörden, Sozialleistungsträgern und gleichgestellten Stellen geführten medizinischen Unterlagen (auch soweit sie von anderen Ärzten oder Stellen erstellt worden sind) in dem Umfang zur Einsicht bezieht, wie diese Aufschluss über die bei mir vorliegende(n) Hör- und/oder Sehbehinderung(en) geben können.

Die Einwilligungserklärung gilt für das mit diesem Antrag eingeleitete Verwaltungsverfahren und für ein sich evtl. anschließendes Rechtsbehelfsverfahren. Sie bezieht sich auch auf die während des Verfahrens eintretenden Sachverhalte und angefertigten Unterlagen.

Ich genehmige die Verwertung dieser Unterlagen im Verwaltungsverfahren und entbinde die beteiligten Ärzte insoweit von ihrer Schweigepflicht.

Sofern die Einholung von Auskünften und Unterlagen eingeschränkt werden soll, ist das in dem nachfolgenden Feld zu vermerken.

Mit der Einholung von Auskünften und Unterlagen bei folgenden Stellen (z. B. Ärzten, Krankenanstalten) bin ich **nicht** einverstanden.

Hinweise zum Datenschutz

Um sachgerecht über Ihren Antrag auf Gewährung von Blindengeld nach dem Thüringer Blindengeldgesetz entscheiden zu können, werden Informationen und Unterlagen benötigt. Sie werden deshalb gebeten, den Antrag sorgfältig auszufüllen. Die Richtigkeit der Angaben ist durch Ihre Unterschrift oder die ihres gesetzlichen Vertreters zu bestätigen. Die Datenerhebung erfolgt nach § 67a Abs. 2 S. 1 Sozialgesetzbuch – Zehntes Buch (SGB X). Die weitere Datenverarbeitung erfolgt nach § 67b Abs. 1 SGB X. Ihre Mitwirkungspflicht in diesem Verfahren ergibt sich aus § 60 Abs. 1 (Obliegenheit) Sozialgesetzbuch – Erstes Buch (SGB I).

Ort, Datum

Unterschrift (Antragsteller bzw. Vertreter)

